

Wiener Charta: Viel Lärm um nichts

Mit riesigem Medienaufwand wurde die „Wiener Charta“ gestartet. Tatsächlich gibt es nichts mitzuscheiden, das wird wieder mal von von oben eingesetzten „ExpertInnen“ gemacht. Und die wirklich heiklen Themen – nämlich soziale Fragen – sind erst gar nicht dabei. Mit Demokratie oder Integration hat das ganze also wenig zu tun.

Seite 2

Irland: Nein zur Haushaltssteuer!

Die irische Regierung versucht die Forderungen der EU-Troika mit der Einführung neuer Massensteuern zu erfüllen. Doch gegen die neue Haushaltssteuer gibt es breiten Widerstand. Rund 50% weigern sich zu bezahlen. Stephen Boyd von der Socialist Party aus Irland berichtet über den Kampf gegen die Haushaltssteuer und gegen den Fiskalpakt.

Seite 12

Schwerpunkt

Die jetzige Jugend droht in der Krise zur verlorenen Generation zu werden. Doch gegen die fehlenden Zukunftsperspektiven gibt es weltweit starke Jugendproteste.

Seiten 7-10



Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 209 | 06.2012

Bildung & Gesundheit sind Grundrechte

Die Wirtschaftsforschungs-institute gehen auch hierzulande von einem magen „Wachstum“ aus. Das Problem der Wirtschaft ist nicht, dass sie kein Geld hat, sondern dass sie nicht weiß, wo sie es profitbringend investieren soll. Eine Lösung ist Spekulation, eine andere – neue Märkte. Und diese finden sich in all jenen Bereichen, die noch öffentlich sind. Seit den 1980ern sind wir mit dem Ausverkauf staatlicher Betriebe und öffentlicher Leistungen konfrontiert, intensiviert ab 2000 unter schwarz-blau.

Mit dem Argument der Schuldenrückzahlung ist

kauf, Ausgliederung, Auslagerung (Fremdvergabe) oder Kürzungen. Wenn z.B. Nebenbahnen gekürzt werden bzw. öffentliche Einrichtungen zu wenig Geld haben, um ihre Leistungen erbringen zu können, ist Platz für den privaten Anbieter. Wer es sich leisten kann, nimmt diese Leistungen dann von Privaten in Anspruch, die anderen bleiben auf der Strecke. Privatschulen, Elite-Unis und private Gesundheitsversorger sowie private Versicherungen machen gute Geschäfte, während immer mehr Menschen mangelhaft oder gar nicht Bil-



Öffentliche Leistungen gehören denen, die sie brauchen: Allen!

nun mit weiteren massiven Kürzungen öffentlicher Leistungen zu rechnen, mit weiteren Fremdvergaben und Veräußerungen. Das wird immer mehr Bereiche betreffen und tritt in unterschiedlichen Formen auf: Ver-

dung, Gesundheits- und Altersversorgung zur Verfügung haben.

Bei Energie, Wasser, Kanal, Müllabfuhr ist schon viel ausgegliedert, aber öffentliche Anteile können verkauft werden. Der

Fantasie sind keine Grenzen gesetzt: Wasser, öffentlicher Grund und Boden, öffentliche Verwaltung, genetisches Material, Luft... profitabel verwertet kann alles werden, wenn es in privatem Eigentum steht. Von Privatisierung profitieren die wenigen, die ohnehin viel haben. Und PolitikerInnen, die so nebenbei „mitschneiden“. Denn Leistungen werden

teurer, schlechter und unsicherer. Und die Arbeitsbedingungen mieser. Eine kommende Privatisierungswelle ist nur eine weitere Facette im Versuch, die Kosten der Krise auf uns abzuwälzen. Und muss daher auf allen Ebenen zurückgeschlagen werden!

Helga Schröder

Die SLP fordert:

- Keine Privatisierungen – egal in welcher Form!
- Vergesellschaftung der Schlüssel- und Infrastrukturbetriebe unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und KonsumentInnen
- Öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Verkehr und Wohnen



von Sonja Grusch Ich esse gerne Eis. An die jährliche Preiserhöhung von 10 Cent hab ich mich gewöhnt. Und irgendwie krieg ich auch immer weniger Eis für mein Geld. Das ist sicher ärgerlich, werden manche meinen, aber es gibt nun wirklich größere Probleme. Jein. Denn die Eis-Preisseigerung ist nur eine von Vielen. Auch Wohnen, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs werden teurer. Und auf die kann Mensch weniger leicht verzichten. Die Unternehmen versuchen ihre Profite zu erhalten. Wird weniger gekauft, weil die Menschen weniger Geld haben, steigen die Preise.

Von Eis, Zuckerberg und belegten Broten

Auch der lange erwartete, medial gehypte und in der Praxis eher missglückte Börsengang von Mark Zuckerbergs Facebook ist ein weiteres Indiz dafür, dass wir von Aufschwung und echter wirtschaftlicher Erholung weit entfernt sind. Nach den „faulen Griechen“ sind nun die „faulen Österreicher“ schuld. Denn u.a. fordert Veit Sorger, Noch-Chef der Industriellenvereinigung (IV), dass hierzulande vier Jahre länger gearbeitet werden soll. Wo – ohne Arbeitszeitverkürzung – die zusätzlichen Jobs herkommen sollen, erklärt er nicht. Sein Modell funktioniert nur, wenn gleichzeitig die Löhne und Gehälter gekürzt werden. Also noch weniger Geld für noch weniger Eis...

Für einen späteren Pensionsantritt spricht sich auch der neue Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes IHS, Christian Keuschnigg, aus. Die Fortsetzung der Politik, die die Reichen immer reicher macht und uns die Kosten der Krise aufbürdet, wird also von Wirtschaft und „ExpertInnen“ gefordert. Und von der Regierung auch umgesetzt. Dass nur mehr 18% Vertrauen in diese haben, ist Ausdruck dafür. Brot- und Bierpreise haben Revolutionen ausgelöst. Der Eispreis wird es zwar nicht sein, aber wir wollen uns auch nicht aufs nackte Brot runterdrücken lassen, sondern fordern Butter, Wurst und Käse auch noch drauf!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Integration per Gesetz?

Wien ist eine multikulturelle Stadt. Das ist so. Rechte Parteien sehen darin die Wurzel allen Übels. Sie meinen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht reibungslos zusammenleben können. Deswegen braucht es Regeln und Gesetze, die die Menschen in ein gemeinsames „Zusammenleben“ zwingen. Das nennt sich dann „Integration“. Mit der Wiener Charta springt die rot-grüne Stadtregierung auf den Zug auf. Aber

wenn es keinen Wettlauf um leistbare Wohnungen und Jobs gibt, wenn Menschen auf gleichberechtigter Basis zusammenleben, arbeiten, lernen, spielen und ihre Freizeit verbringen – dann braucht es keine solche „Integration“. Die wird genau durch diese Regeln und Gesetze verhindert. Armut in Wien ist nicht die Schuld von MigrantInnen, sondern der Politik der letzten Jahre. Und genau das will die Stadtregierung verdecken!



Viel Lärm um nichts

Mit riesigem Medienaufwand wurde die „Wiener Charta“ gestartet. Es ist eines der ganz großen Prestige-Projekte der rotgrü-

nichts machen und hat deswegen die Wiener Charta aus dem Hut gezaubert.

Was ist jetzt die Wiener Charta? Im Grunde

Und zweitens dürfen wir zwar Themen einreichen und diskutieren, aber nicht mitbestimmen was letztlich in der Charta steht! Das

Hundstrümmerl im Park, Leberkäss-Semmerl in den Öffis – mehr traut Rot-Grün uns nicht zu!

nen Stadtregierung. Dabei geht es um Richtlinien für das Zusammenleben in Wien. Es gibt also offenbar Probleme. Das dürfte für die meisten Menschen nichts Neues gewesen sein, aber für die Stadtregierung schon. Gründe für Unmut gibt es viele: rasant steigende Mieten, Demokratieabbau, Arbeitslosigkeit, kaum Lohnerhöhungen, steigende Gebühren bei Wasser, Kanal, Müll etc. Dagegen will die Stadtregierung

nichts anderes als Stammtdiskussionen unter Aufsicht der Stadtregierung. Zuerst wurden Themen gesammelt, die jetzt diskutiert werden können und anschließend von von oben ernannten „ExpertInnen“ zu Regeln zusammengefasst werden. An zwei Punkten zeigt sich die Arroganz der Politik. Erstens sind alle Forderungen und Anregungen an die Politik und Verwaltung von der Charta ausgenommen.

dann als das „größte BürgerInnenbeteiligungsprojekt“ zu bezeichnen zeigt, wofür Rot-Grün wirklich steht! Sie sind eben keine Alternative zur neoliberalen Spar- und Demokratieabbapolitik. Ihr Demokratie- und Politikverständnis beschränkt sich letztlich auf Hundstrümmerl und Leberkäse. Wir wollen aber gerade da mitreden bzw. selbst entscheiden, wo uns die Charta nicht lässt! **Albert Posnanksi**



Volksabstimmung zu verkaufen

Die Politik zeigt sich unfähig auf die Krise oder die Probleme und Bedürfnisse der Menschen zu reagieren. Stattdessen sichert sie die Privilegien der Reichen und der eigenen Bereicherung. Die Wiener Charta ändert daran nichts und hat mit Mitbestimmung nichts am Hut. So versucht sich die FPÖ als Partei für „Demokratie“ zu präsentieren. Doch ihre Forderungen nach Volksabstimmungen sind genauso Ablenkungsmanöver. Sie will Volksab-

stimmungen um ihre rassistische Hetze „demokratisch“ zu legitimieren. Doch Volksabstimmungen geben uns nicht die Möglichkeit über Lohnerhöhungen, Sparpakete etc. zu entscheiden. 1995 wurde über den EU-Beitritt abgestimmt. Mit einem Millionen-Budget wurden viele Menschen getäuscht und belogen. Das gleiche sehen wir bei vielen Abstimmungen in der Schweiz. Wie sonst könnten Menschen gegen mehr Urlaub stimmen?



Weil ich ein Mädchen bin?

In **regelmäßigen** Abständen attackiert die FPÖ einen Kindergarten mit geschlechtssensiblem Schwerpunkt in Wien 15. Per Aus-

Mainstreaming – auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen“ dargelegt wird und die Gefahr der Auslöschung des biologischen

Leider wird ein erweitertes Rollenbild für Mädchen und Buben in Kindergärten viel zu wenig ermöglicht. Mädchen und Buben sollen

Personalstruktur wichtig ist, damit Kinder männliche und weibliche Vorbilder haben können. Derzeit liegt der Männeranteil in

Die Hetze der FPÖ richtet sich gegen „Sozialschmarotzer“, „Ausländer“, „Islamisten“ und den „Genderwahn“.

sendungen wurden alle Haushalte im Bezirk im Oktober 2011 vor dem „Gender-Experiment“ gewarnt, und in der Gratiszeitung Heute wurde die Kritik der FPÖ an der Förderung für den „schrägen“ Kindergarten abgedruckt.

Die Hetze der FPÖ gegen geschlechtssensible Ansätze in der Kleinkindpädagogik ist Teil ihrer Ideologie, die auch von Barbara Rosenkranz in ihrem Buch „MenschInnen. Gender

Geschlechts heraufbeschwört. Mit einer Frauen-an-den-Herd-Propaganda ist die Hetze gegen Homosexuelle, gegen nicht-österreichische Kinder und gegen Feministinnen verbunden, die auch Verbindungen zur Väterrechtsbewegung hat. Ziel ist, dass Mädchen und Buben von klein an auf die ihnen zugeschriebenen Rollen als fürsorgliche Versorgerinnen und durchsetzungsstarke Ernährer vorbereitet werden.

eine Individualität abseits eines engen Rollenschemas entwickeln können: Nicht nur Prinzessin sein dürfen, sondern auch Superheldin, als Bub eine Puppe haben dürfen und nicht nur mit Bausteinen spielen können und Möglichkeiten zulassen, aus denen auch Neues, Unerwartetes entstehen kann. Sandra Haas, die Leiterin des geschlechtssensiblen Kindergarten „fun & care“ weist darauf hin, dass auch die

Österreichs Kindergärten bei nur 0,6 %.

Nötig sind eine Aufwertung von Ausbildung und Beruf (Anhebung der Gehälter, mehr Vorbereitungszeit, Verkürzung der Arbeitszeit) und eine Aufwertung der geschlechtsensiblen Pädagogik in der Ausbildung sowie mehr Ressourcen, um diese Ansätze im Kindergartenalltag leben zu können.

Claudia Sorger

Alles muss raus – Ausverkauf der Zukunft

Nach 1945 wurde bis zu einem Drittel der Industrie in Österreich verstaatlicht. Seit den 1980er Jahren wurden die meisten ganz oder teilweise privatisiert, darunter unter anderen:

OMV AG, VA Tech AG, Böhler-Werke, VOEST-Alpine Stahl AG, VAMED, AT&S, Austria Metall AG, Austria Tabak, Telekom Austria und österreichische Post, Österreichische Staatsdruckerei, Dorotheum

Ausverkauf auch in Wien: Getarnt als „Ausgliederung“ geht's Richtung Privatisierung: Wiener Linien, Wien Gas, Fernwärme, Bestattung Wien; Gemeinde-Krankenanstalten, Wiener Wohnen und durch die Gründung des Fonds Soziales Wien. Die Folgen für die Beschäftigten sind u.a. niedrigere Einstiegsgehälter v.a. bei neuen Verträgen. Bei den Wiener Linien z.B. gibt es Lohnneinbußen von bis zu 25%, im Kulturbereich

durch Kurzzeitverträge bis zu 100.-/Monat. Durch steigenden Arbeits- und Erfolgsdruck in Folge der Gewinnorientierung wird die Zeit für bestimmte Tätigkeiten reglementiert: wie lange darf man aufs WC gehen, wie lange darf es dauern bis PatientInnen von A nach B gebracht werden. Die Tagessätze im Pflege- und Behindertenbereich sind gesunken und die Burn-out-Rate im Sozial- und Gesundheitsbereich liegt bei 30%.

Folgen am Beispiel Post Privatisierung der letzten 10 Jahre:

- Reduzierung der Verteilerzentren von 36 auf neun
- Verringerung der Vertriebszentren von 1.880 auf 320
- von der Bahn wurde auf LKW umgestellt
- die Anzahl der Postämter wurde um 43% reduziert, also minus 951 Filialen.
- JedeR fünfte MitarbeiterIn verlor den Job

Der rechte Rand

Von rechten Anwälten

Im Prozess gegen Küssel & Co. ist auch der sie verteidigende Anwalt Herbert Ohrlich kein unbeschriebenes Blatt. Er ist Mitglied der schlagenden Burschenschaft Teutonia (Ziel: „Pflege von ... völkischem Wesen“) die Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre enge personelle Überschneidungen mit der Neonazi-Gruppe VAPO hatte. Küssel war VAPO-Führer.

Ohrlichs Aktivitäten ging über die bloße Mitgliedschaft bei der Teutonia hinaus: Als der selbst schon weit rechte RFS 1987 mit dem rechts-ausßen Reinhold Oberlecher eine Veranstaltung im Wiener Juridicum organisierte, war Ohrlich Teil des Saalschutzes (auch dabei: Martin Graf). Küssel war auch bei der Veranstaltung...

Im Prozess gegen den Gaskammern-Leugner Honsik war Ohrlich dessen zweiter Verteidiger. Nummer 1 war der bekannte Neonazi-Anwalt Herbert Schaller. Offensichtlich will Ohrlich in die rechten Fußstapfen des knapp 90ig Jährigen treten. Ohrlich setzt übrigens laut seiner Homepage auf „Kreative Konfliktlösung“ – vielleicht war das Zeigen des Hitlergrußes im Küsselprozess ja ein Beispiel, was er sich darunter vorstellt?!

Auch sonst finden sich unter den JuristInnen viele rechte Recken. Da ist Martin Graf selbst, Olympe und 3. Nationalratspräsident für die FPÖ. Oder Michael Witt, Parteianwalt der FPÖ der auch Graf immer wieder vertreten hat und Ende der 1970er Jahre bei der Neonazi-Gruppe ANR war. Sogar der ehemalige Generalsekretär der Österreichischen Rechtsanwaltskammer Alexander Christian ist einschlägig bekannt...

1934 gab es in den USA drei wichtige Streiks, die die gesamte ArbeiterInnenbewegung veränderten. Einer fand unter den LKW-Fahrern und LagerarbeiterInnen der Teamster-Sektion 574 in Minneapolis statt. Er wurde von TrotzkistInnen der Kommunistischen Liga von Amerika (CLA) angeführt. Der Streik war v.a. wegen seiner sozialistischen Führung erfolgreich und weil die gesamte ArbeiterInnenklasse von Minneapolis vereinigt werden konnte. Auch Frauen spielten eine wichtige Rolle. Im Mai 1934 übernahmen ArbeiterInnen die Kontrolle der Straßen und Plätze. Die herrschende Klasse setzte die Polizei

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

ein. Es kam zu offenen Kämpfen, in denen sich die ArbeiterInnen mit Schlagstöcken gegen die Polizei wehrten, sie zurückdrängten und fast alle Warenlieferungen in der Stadt lahmlegten. Die CLA unterstützte den Streik massiv. Die Gewerkschaftszeitung The Organizer wurde zur Tageszeitung umgewandelt, um die Lügen der Zeitungen der herrschenden Klasse zu bekämpfen. Sogar nachdem zwei Streikende ermordet, die Streikführung verhaftet und 4.000 Nationalgardisten eingesetzt wurden, weigerten sich die ArbeiterInnen zurückzuweichen. Die Bosse wurden gezwungen, die Gewerkschaft anzuerkennen und die Löhne für tausende Beschäftigte zu erhöhen. Dieser Sieg, der ohne die CLA nicht möglich gewesen wäre, inspirierte ArbeiterInnen international und ist ein klares Beispiel wie ArbeiterInnen Kämpfen und Gewinnen können, sogar zu Zeiten einer Depression!

Brett Hoven



Kämpfen statt warten

Jahrzehntlang war es Teil österreichischer Gewerkschaftstradition, dass die jährlichen Gehaltsabschlüsse meistens zu nied-

Dezember zu Ende. Seither war kein Verhandlungszeitpunkt mehr zu bekommen. Wieso?

Unsere Branche ist

triebsratInnenkonferenz im Mai wurden Aktionen beschlossen, sollte es keine weiteren Verhandlungen geben bzw. die Unter-

Forderung ist daher, dass sich Gehaltsabschlüsse ab sofort auf die tatsächlichen Gehälter auswirken.

Um echte Gehaltserhöhungen und Verbesserungen wie Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, müssen wir kampffähig werden. Es braucht gemeinsame öffentliche, sowie innerbetriebliche Aktionen, bis hin zu Streiks.

Als ArbeitnehmerInnen riskieren wir dabei oft viel. Daher ist es wichtig, dass alle Betroffenen mitentscheiden können. Dies gilt auch für Verhandlungsergebnisse. Sie müssen vor Abschluss einer Urabstimmung in den Betrieben unterzogen werden.

Irene Müller,

Betriebsratsvorsitzende
Wohnservice-Wien

Auch in der Werbungsbranche verschleppen Unternehmen die KV-Verhandlungen!

rig und ohne Auseinandersetzungen auf der Straße erreicht wurden. Ein Blick auf die heurigen Kollektivvertrags-Verhandlungen zeigt: Diese politische (Un-), „Kultur“ ist Geschichte, auch in der Werbungs- und Marktkommunikationsbranche.

Mit einem „Angebot“ der ArbeitgeberInnenseite unter der Inflationsgrenze von 3,3% ging die letzte Verhandlungsrunde im

schwach organisiert. Es gibt wenige Gewerkschaftsmitglieder und kaum Kampferfahrung. Dazu kommt ein hoher Anteil an prekär Beschäftigten ohne arbeitsrechtliche Absicherung. Offensichtlich wollen die Unternehmen diese Schwäche ausnutzen um eine Nulllohnrunde durchzusetzen.

Viele KollegInnen wollen das nicht länger hinnehmen. Auf einer Be-

nehmen den wesentlichen Forderungen nicht nachkommen. Dazu gehört eine Gehaltserhöhung, die die finanzielle Situation trotz massiver Preisseigerung spürbar verbessert. In vielen Betrieben überschreiten die tatsächlichen Gehälter die niedrigen KV-Mindestgehälter, wodurch die jährlichen Gehaltsabschlüsse von den Überzahlungen „aufgesogen“ wurden. Eine unverzichtbare



Die ganze Palette: Vom Gespräch bis zum Streik

So heißt eine von work@social bei der Gewerkschaft GPA.djp herausgegebene Broschüre. In ihr sind viele nützliche Informationen gesammelt, wie ArbeitnehmerInnen sich im Betrieb organisieren können. Augenmerk wird dabei auf den Aufbau demokratischer Strukturen gelegt. So wird u.a. geschrieben: „Mit Fug und Recht haben viele KollegInnen die StellvertreterInnenpolitik satt, die ihnen vorgaukelt, in ihrem Interesse zu han-

deln und dieses dabei oftmals mit Füßen tritt.“

Die Broschüre gibt Hilfen, wie man dies ändern kann, etwa über den Aufbau einer Betriebsgruppe. Im Streikfall wird die Notwendigkeit demokratischer Abstimmungen im Rahmen von Betriebsversammlungen über Verhandlungskompromisse unterstrichen.

Großer Schwachpunkt ist der Abschnitt über die politischen Interventionen der Gewerkschaft, einer neuen ArbeiterInnenpartei. **Christian Bunke**

wird vermittelt, dass drohende Sozialkürzungen über Gespräche zwischen ÖGB-Spitze und SPÖ abgewendet werden könnten. Das Gegenteil ist der Fall. Immer öfter blockiert der ÖGB Streiks, um den Interessen der SPÖ nicht zu schaden. Dringend nötig ist der Aufbau einer kampferischen Gewerkschaftspolitik von unten – und eines neuen politischen Partners der Gewerkschaft, einer neuen ArbeiterInnenpartei. **Christian Bunke**

Strache raus! Erst recht am 1. Mai!

Seit 1890 ist der 1. Mai der Kampftag der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Millionen gehen auf die Straßen und kämpfen für einen höheren Lebensstandard – die erste Forderung der Maiaufmärsche war der Acht-Stunden-Tag. Die Aufmärsche der SPÖ werden seit Jahren immer kleiner, älter und unpolitischer. Gerade in Linz ist das kein Wunder. Denn hier verspekuliert sie Steuergelder, kürzt Budgets und führt die Stadtwache ein. ArbeiterInnen und Jugendlichen ist klar, dass die SPÖ nicht mehr ihre Partei ist. Die FPÖ will das Vakuum füllen und gibt sich in vielen Forderungen sozial.

Symbolisch dafür ist Straches jährlicher Auftritt am 1. Mai in der Stahlstadt. Er greift dabei soziale Probleme wie Inflation, Wohnungsnot & Arbeitslosigkeit auf und schiebt die Verantwortung „den Ausländern“ zu. Damit punktet die FPÖ vor allem auf Wahlebene. Ihr wahres Gesicht zeigt sie immer dann, wenn sie mit entscheidet – wie in der FPÖVP-Regierung ab 2000 – oder wenn sie Kürzungen aus der (Schein-)Opposition mitträgt. 2011 waren das in Oberösterreich z. B. die Kürzung des Linzer Magistratsbudgets und die Kürzung der Lohnerhöhungen für Gemeindebedienstete sowie die Spitalsreform.

Flo Klabacher

Nazis von der Straße fegen, auf allen ihren Irrwegen

Am 8. Mai, dem Feiertag des Endes des Naziregimes, versuchten Burschenschaften erneut, mit ihren schmissverzierten Gesichtern ein ewiggestriges "Totengedenken" zu veranstalten. Strache verzichtete heuer auf die Teilnahme. Wie im letzten Jahr sowie beim WKR-Ball konnte ihnen durch große Mobilisierungen der „HeldInnenplatz“ teilweise abgerungen werden. Die Demonstration des linken Bündnisses "Offensive gegen Rechts"



Trotz Repression: Blockupy!

„Die Polizei hat die Stadt übernommen“, hallte es durch den Bahnhof, „Fight back“, durch die Straßen. 16.-19. Mai: Für

testen. Wir mussten bemerken, wie schnell der Rechtsstaat in der Krise demokratische Grundfreiheiten abbaut und die Pro-

ge konnten wir nutzen um auf die Bedrohung durch den Fiskalpakt aufmerksam zu machen. Dem Polizeiaufgebot konnten wir

30.000 Menschen demonstrieren gegen Krise und Kapitalismus

diesen Zeitraum hatte das Blockupy-Bündnis (linke Organisationen und Gewerkschaften) zu einer Mischung aus Besetzung, Blockade und Demonstration gegen das Spardiktat der Troika in der Bankenmetropole Frankfurt aufgerufen.

Trotz massiver Repression beteiligten sich CWI-AktivistInnen aus Deutschland, Österreich und Italien an den Pro-

teste verbot. Tausende PolizistInnen hielten Kleingruppen auf, kontrollierten Taschen und Pässe. Es war unmöglich, auf dem Weg zu Aktionen politische Meinungen auszutauschen, ja sogar „links auszusehen“ konnte ein Platzverbot zur Folge haben.

Allerdings ließen sich die zahlreichen DemonstrantInnen nicht von ihrem Ziel abbringen, im Gegen teil. Jeden der Aktionsta-

mit friedlichem Protest den Wind aus den Segeln nehmen.

Nachdem sich auch viele FrankfurterInnen von der Polizeipräsenz irritiert fühlten und sich der großen Abschlussdemonstration durch das Bankenviertel anschlossen, konnten insgesamt etwa 30.000 Leute mobilisiert werden, die ein Zeichen gegen den Kapitalismus setzten.

Gabriel Winkelmüller

Termin des Monats

Neue ArbeiterInnenpartei

Knapp 50 % sind bereit, bei kommenden Wahlen für eine neue Partei zu stimmen. Zur Zeit dominieren Piraten, Stronach und Online-Projekte. Gebraucht wird aber eine Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, die sozialistische Antworten auf die Krise hat. In vielen Ländern gibt es dafür Ansätze, nur in Österreich gibt es noch (!) nichts.



Diskussionsveranstaltung
mit Claus Ludwig,
Stadtrat Die Linke aus Köln
Mittwoch, 20. Juni, 19 Uhr
Pizzeria „La Piazza“,
Wien 20, Gaußplatz 7

Kommt der Mai, werden wir alle wieder bombardiert mit Diät-Tipps, Bikini-Figuren und weiß der Geier, was noch. Jedes Jahr aufs Neue muss der „Winterspeck“ weg, frau muss sich „strafen“, um in der Badesaison aussehen zu können wie ein Werbeplakat. Aber warum?

Die Diätindustrie macht Millionen mit den Körperunzufriedenen. Wer es mit den bestenfalls halbnützlichen „Tipps“ aus Magazinen nicht schafft, sucht bald die Hilfe von professionellen ErnährungsberaterInnen – die gerne mal über 100 € die Stunde verlangen. Oft müssen zusätzlich noch Nahrungsergänzungsmittel gekauft werden,

Rote Seitenblicke

deren Preis sich ebenfalls im zweistelligen Bereich befindet. Wer abnehmen will, kann das natürlich auch ohne teure Hilfe. Umso näher aber die Badesaison rückt, umso verlockender klingen Angebote für „garantiert schnelles Abnehmen um nur 200 €“ oder Ähnliches.

Dabei kommt – abgesehen vom unrealistischen Schlankheitsideal – das reale Problem des Übergewichts nicht von irgendwo: Bombardiert mit Werbung, ungesundes – weil billigeres – Essen in Kantine und Schulbuffet. Und als Folge der Wirtschaftskrise steht vielen Haushalten weniger Geld zur Verfügung. Das wird oft durch billigeres – und dabei meist ungesünderes – Essen ausgeglichen. Mit einem engen Budget ist die Wahl zwischen einem Burger um 2 € und einer ausgewogenen Mahlzeit um mindestens 5 € nicht schwer. Es wird ein Teufelskreis geschaffen: Was wir am Essen sparen, wird uns auf der Suche nach der „Bikini-Figur“ wieder abgenommen.

Lila Ramharter



EM: Es geht nicht nur um Fußball

Im kapitalistischen System wird alles zur Ware gemacht, dem kann sich auch der Sport nicht entziehen. 190 Millionen Euro wurden in Polen in den Bau EI-

In der Ukraine ist die Situation keine wesentlich andere. Ein Viertel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, demokratische Rechte werden mit

besser als der ukrainische Staatschef Janukowitsch und europäische PolitikerInnen haben auch sonst kein Problem, mit DiktatorInnen und VertreterIn-

Unter der Regierung Janukowitsch leidet vor allem die ukrainische Bevölkerung. Seit Jahren – und auch in der „orangen Revolution“ 2004 – miss-

Wenn das sportliche Event in den Hintergrund tritt und die Austragung auf Kosten der Bevölkerung geht.

NES Stadions gesteckt. Dafür muss die Bevölkerung jetzt Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitswesen hinnehmen. Profit machen UEFA und einzelne Unternehmen. Die Bevölkerung muss dafür bezahlen und soll sich auf das „einzigartige Event“ in ihrem Land auch noch freuen. Das tun viele Menschen in Polen jedoch nicht. Zahlreiche Protesten sind während der EM geplant.

Füßen getreten. Die EM sollte eine Imagekampagne für die Regierung werden, um von den Missständen abzulenken. Jetzt haben einige EU-PolitikerInnen einen Boykott des Events angekündigt. Sie wollen erreichen, dass die Haftbedingungen der inhaftierten Oppositionspolitikerin Julija Timoschenko verbessert werden. Warum fordern sie das? Timoschenko ist um nichts

nen der ukrainischen Regierung an einem Tisch zu sitzen. Die Handelsbeziehungen zur Ukraine sind auch nicht beeinträchtigt. Dass Janukowitsch die Ukraine zurück in die Diktatur führt, ist der EU herzlich egal, solange die Ölversorgung nicht gefährdet ist. Timoschenko vertritt einen Wirtschaftskurs, der den europäischen Interessen mehr entgegen kommt, darum die Unterstützung.

brauchen Timoschenko und Janukowitsch den Wunsch der Menschen in der Ukraine nach Demokratie und einem besseren Leben für ihr eigenes Match um Macht und wirtschaftlichen Interessen. Das wird sich erst ändern, wenn eine neue Mannschaft – das Team der ArbeiterInnenklasse – das Spielfeld betritt.

Margarita Döller

Nachruf auf Ernst Hinterberger

Ernst Hinterberger starb im Mai. Er schaffte es, bekannte Fernsehfiguren (Mundl, 5er, Trautmann usw.) zu erfinden und gleichzeitig linke Inhalte in die öffentliche Debatte zu bringen. Er war Kuratoriumsmitglied des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und als Fabrikarbeiter auch Betriebsrat. Es ging ihm immer um den Kampf gegen soziales Unrecht und gegen Rechtsextremismus. Hinterberger stand links von der SPÖ.

In den letzten Jahren war aber der politische Frust spürbar. In einem der letzten Trautmann-Krimis lässt Hinterberger seinen Kommissar sagen, dass er zwar kein Rechter sei, dass aber eine „neue Mauer“ gegen kriminelle Ausländer gut wäre. Der Antirassist Hinterberger meinte wohl, hier an der Stimmung unter ArbeiterInnen ansetzen zu müssen. Im Gegensatz zu früheren Büchern schaffte er es aber nicht, den gemeinsamen Kampf von migrantischen

und österreichischen ArbeiterInnen als Antwort zu formulieren. Ihm fehlte wohl die Auseinandersetzung mit Gleichgesinnten und eine starke linke ArbeiterInnenpartei. In Hinterbergers Roman „Kleine Leute“ und vielen anderen wird deutlich, dass er sich der Idee des Sozialismus verbunden fühlte und sich dafür engagierte – auch deshalb wird er fehlen.

Michael Gehmacher



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Jugendliche kriegen die Krise!

Die Radikalität eines sozialen Problems lässt sich oft daran erkennen, dass selbst eingefleischt konservative Zeitungen es nicht mehr leugnen. So titelte „Die Presse“ am 22.5.2012: „Europa droht verlorene Generation“. Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit werden schlimmer und deut-

in Österreich leben unterhalb der Armutsgrenze. So liegt die Abbruchquote an der Uni Wien bei ca. 20%. Mit der Wiedereinführung von Studiengebühren wird sich das noch verschlimmern. Viele hoffen, durch Bildung bessere Chancen auf einen echten Job zu haben. Entsprechend steigen auch die Studierendenzah-

herrscht akuter Lehrstellenmangel. Ganze 700 Lehrstellen vergibt die Stadt Wien 2012 – Bereits jetzt können „leider keine Bewerbungen mehr angenommen werden“. Da Ausbildungsplätze knapp sind müssen viele einfach irgendeine Ausbildung machen, auch wenn sie eigentlich immer etwas ganz

wenig Material vorhanden ist bekommen Kinder aus reicherer Verhältnissen eine ausgezeichnete Ausbildung an Privatschulen. Gleichzeitig werden im Zuge des Sparpaketes öffentliche Schulen geschlossen: Alleine in der Steiermark sollen 36 Volksschulen, zwei Hauptschulen und drei an Hauptschulen angeschlossene polytechnische Klassen geschlossen werden.

Die alte Formel „Wer eine gute Ausbildung hat, wird später einmal gut verdienen“ stimmt längst nicht mehr. Auch wenn in der Krise in Österreich bislang wenige Leute entlassen wurden, stellen viele Betriebe weniger ein. Die Chancen auf einen Job der der Ausbildung entspricht sind entsprechend klein. Wer einen Job hat, jobbt prekär. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO warnt in ihrer neuen Studie genau vor diesem Phä-

Bildungsabbau, Jugendarbeitslosigkeit, prekäre Jobs: Die Krise trifft Jugendliche besonders.

licher. Seit 2011 stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in der EU um 303.000 auf 5,5 Millionen. Damit beträgt die Jugendarbeitslosigkeit in der EU offiziell unglaubliche 22,6% – Tendenz steigend.

In Österreich sind offiziell 10% der unter 25 Jährigen ohne Job. Das ist zwar unter dem Durchschnitt, bedeutet aber keineswegs, dass Österreich ein Paradies für Jugendliche wäre: 64% der Studierenden

len beständig. Die Unis waren immer schon knapp finanziert, mit dem Ansturm auf viele Studiengänge sind sie jetzt völlig überfordert. Daher versuchen sie die Studierenden raus zu ekeln: Mit „Knock-Out“ Prüfungen und übervollen Lehrplänen besonders in den ersten Semestern wird versucht, die Studierendenzahl zu verringern.

Auch wer eine Ausbildung machen will ist oft nicht besser dran: Es

anderes machen wollten. In vielen Betrieben kommt die Ausbildung zu kurz: Lehrlinge werden als billige Arbeitskraft missbraucht. Viele UnternehmerInnen erwarten als „Dankeschön“ für die Ausbildungsstelle unbezahlte Überstunden, Übernahmen werden dafür seltener, der Bund hat einen Aufnahme (=Übernahme-)stopp.

Während an den Schulen aus Geldmangel die Klassengrößen steigen und zu

nomen: Mittlerweile liegt die Teilzeitquote in der EU bei 30%. Aussichten auf sichere Jobs gibt es selbst in den Ländern, die noch nicht so hart von der Krise getroffen wurden, kaum: In Deutschland sind mittlerweile 80% der Arbeitsverhältnisse für Jugendliche befristet. Kein Wunder, wenn junge Frauen in Umfragen oft angeben Hausfrau werden zu wollen. Das ist kein „Neokonservatismus“ sondern die Konsequenz aus der Perspektivlosigkeit im Berufsleben.

Anlass für Widerstand gibt es also genug, auch in Österreich. Aber warum findet aktuell so wenig davon statt? Stimmt es, dass die Jugend unpolitisch und unsolidarisch ist? Was braucht es für einen erfolgreichen Kampf für unsere Zukunft? Dieser Vorwärts-Schwerpunkt versucht, darauf eine Antwort zu geben.

Tilman M. Ruster

Jugendarbeitslosigkeit in der EU:
Stark steigend von hohem Niveau



Arbeitslosigkeit bei "Unter-25-Jährigen", Quelle: Eurostat tsdec460

Die Chancen für die Jugend sind in Österreich geringer

➤ Unter Jugendlichen sinkt Optimismus in Zukunft: 84% im Mai 2011, 76% im Oktober 2011
➤ Bis zu 90% aller Jugendlichen sorgen sich um Pensionen, Gesundheit und Pflege, weil sie fürchten, dass sie diese nicht mehr finanzieren können. Zwei Drittel rechnen damit, dass die staatliche Pension nicht reichen wird.

➤ **Bildungsbeteiligung:** Im OECD-Vergleich (lt. Statistik Austria, Jugendstudie 2011) schneidet Österreich bezüglich der Bildungsbeteiligung bei den 15-19 Jährigen mit 82% knapp über dem OECD-Schnitt von 81,5% ab, bleibt aber im Vergleich zu Deutschland (88,6%) und dem EU19-Schnitt mit 84,9% deutlich zurück. Je älter Jugendliche werden, desto schlechter ist die Situation. Die Bildungsbeteiligung der 20-29-Jährigen liegt in Österreich bei 20%, in Deutschland bei 28,5%, in der OECD und den EU19 bei 25,1%.

➤ Bei 15- bis 19-Jährigen, die weder in Ausbildung noch im Beruf stehen, liegt Österreich an der Spitze: Österreich: 3,6%, Deutschland: 2,2%, EU19: 2,9%, OECD: 3%

➤ **Verschuldung:** Das junge Erwachsenenalter gehört auch zu der Zeit in der die Gründung eines eigenen Haustandes zur Existenzbedrohung wird. Bei 34% aller überschuldeten jungen Erwachsenen trifft das zu. Denn gerade in dieser Zeit liegt der Anteil der Miete bei 43% des Einkommens, bei einem durchschnittlichen Arbeitseinkommens sogar bei 50%. Für die Kautions müssen rund 2000,- Euro aufgewendet werden. Eine Menge Geld, wenn man bedenkt, wie niedrig Einstiegsgehälter sind. Einige Beispiele: AltenbetreuerIn € 1.100,-, BäckerIn € 1.050,-, FrisörIn € 1.100,-, BautechnikerIn € 1.110,-, KöchIn € 1.200,- und bei ZahnarzthelferInnen sogar nur € 780,-.

➤ Laut EU-SILC (Statistic on Income and Living Standards) sind ca. 236.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 10-27 Jahren in Österreich armutsgefährdet.

Quellen: AK-Wien, AK-Österreich, Statistik Austria, www.diepresse.com, www.derstandard.com, Forbes-Studie, Gehaltsmonitor WIFI-Wien, Sechster Jugendbericht – Auf einen Blick/www.bmwfj.gv.at, Österreichsicher Jugendmonitor

If the Kids are united...

Am 17. 12. 2010 zündet sich Mohamed Bouazizi in der tunesischen Kleinstadt Sidi Bouzid an. Der junge Uni-Absolvent sah keinen anderen Ausweg mehr aus seiner sozialen Misere. Das Regime erlaubte ihm nicht einmal, auf der Straße Gemüse zu verkau-

„völlig verdrehten Moralkodex“ der Jugendlichen zu. Der Moralkodex jeder Regierung, die nur aus MillionärInnen besteht, erlaubt es offenbar, einer Generation die Zukunft zu rauben, indem sie die Studiengebühren auf 10 000€ verdreifacht und die Zahl

„Das ist ein Klassenkampf.“
Gabriel Nadeau-Dubois,
Studierendenbewegung Quebec

fen. Seine Tat löste nicht nur eine Welle von Aufständen und den Sturz von Ben Ali und Mubarak aus. Sie steht auch symbolisch für die Verzweiflung und Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation. Die Selbstverbrennung eines Arbeitslosen führte im April 2012 in Algerien zu Jugendauftänden – bei den letzten großen Jugendrevolten schoss die Polizei auf algerische Jugendliche, die ein Transparent trugen: „Ihr könnt uns nicht töten. Wir sind schon tot.“

In Griechenland erschütterte bereits 2008 eine verzweifelte Bewegung von Jugendlichen das Land. Ihre Nachricht an Europa war: „Wir sind ein Bild aus der Zukunft.“ Sie sollten Recht behalten. Am 6.8.2011 explodierte die aufgestaute Wut britischer Jugendlicher nach der Ermordung des unbescholtenden Mark Duggan durch einen Polizisten. Vier Tage standen London und weitere Großstädte in Flammen. Den Ausbruch von Verzweiflung schob die britische Regierung dem

der arbeitslosen Jugendlichen auf über eine Million steigen lässt.

Währenddessen erreicht in Spanien die Jugendarbeitslosigkeit 50%. Zum Jahrestag des Aufflammens der Bewegung der „Indignad@s“ strömten im Mai 2012 wieder hunderttausende Jugendliche auf die Straßen. Einer ihrer Hauptlogos: „Sin trabajo, sin casa, sin miedo“ – Ohne Arbeit, ohne Wohnung, ohne Furcht. Der portugiesische Premier Coelho riet der Jugend, sich aus dem Staub zu machen. Portugal hätte keine Jobs und keine Perspektive für sie. Über 500.000 Menschen wanderten seit Beginn der Krise aus Portugal aus, die meisten davon Jugendliche. Der Kapitalismus hat denen, die nicht das Glück hatten, in wohlhabende Verhältnisse hineingeboren zu werden, keinen Ausweg aus dieser Situation zu bieten.

In Ländern wie Österreich, in denen die Krise noch nicht so hart zugeschlagen hat und in denen die Kampftradition der ArbeiterInnen von sozial-

partnerschaftlichen Konstrukten ausgehöhlt wurde, sieht die Situation noch etwas anders aus. Es gibt einerseits den Trend, sich in dieser Zeit besonders hohen Drucks in Schule, Ausbildungsstätte oder Uni besonders anzustrengen. Der Gedanke ist: Es wird immer schlimmer, also muss ich schnellstens fertig werden. Aber: auch im Berufsleben wird der Druck immer stärker und den Verschlechterungen kann man nicht entfliehen.

Andererseits ist ein Rückzug aus dem sozialen Leben und eine verstärkte Flucht in Resignation, Sucht und „Scheiss drauf“-Stimmung bemerkbar: Österreichs Jugend belegt bei Alkohol- und Nikotinkonsum europaweit den ersten Platz.

Die Perspektive, gegen diese Umstände zu kämpfen, stellt sich kaum: Es fehlt an einer starken Linken und einer kämpferischen Gewerkschaftsjugend, die Kämpfe organisieren könnte. In Britannien kämpft die von der Socialist Party (Schwesterorganisation der SLP) initiierte Kampagne „Youth fight for Jobs“ für sichere und gut bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche. Unterstützt wird sie von zahlreichen Gewerkschaften. Welche Jugendliche käme auf die Idee, sich hier in der ÖGJ zu organisieren und sie als kämpferische Interessenvertretung wahrzunehmen? Der „aktuellste“ Termin auf ihrer Homepage ist von Anfang März. Statt als Kampforganisa-



tionen verstehen sich die Gewerkschaftsjugenden als Serviceleister und Karrieresprungbretter – kein Wunder, dass kein Leben in ihren Strukturen ist.

Dieses Vakuum bietet auch Anknüpfungspunkte für Rechtsextreme. Mangels Alternativen erscheint

de begeistern, im Frühling desselben Jahres streikten über 60.000 SchülerInnen gegen Bildungsabbau. Aktuell wird gegen die Abschaffung des Studiums Internationale Entwicklung, die drohende Pleite der TU Wien bzw. die Einführung von Studienge-

gen nur sein, wenn sie aufhören, nur Jugendbewegungen zu sein. Wenn sie sich mit anderen Teilen der ArbeiterInnenklasse verbünden. Das bedeutet nicht nur, sie für die eigenen Forderungen zu gewinnen, sondern Forderungen aufzustellen, die

Wirklich erfolgreich können Jugendbewegungen dann sein, wenn sie aufhören, nur Jugendbewegungen zu sein.

Strache für viele Jugendliche als einzige Opposition. Er kann sich als „anders“ präsentieren und beantwortet soziale Probleme unwidersprochen mit Rassismus. In der Praxis zeigen SchülerInnen in Österreich jedoch oft, was sie von der FPÖ-Propaganda halten. Die schulübergreifenden Unterstützungskampagnen für Arigona, Araksya, Denis, Jovana und Amינה sind nur einige Beispiele dafür, wie sich Jugendliche mit ihren MitschülerInnen solidarisieren und mit ihnen gegen drohende Abschiebungen kämpfen. Der Kampf gegen Abschiebungen ist ein konstanter und wichtiger Faktor, der viele Jugendliche politisiert.

Doch es gab auch andere Kämpfe von Jugendlichen in Österreich in den letzten Jahren. Praktisch aus dem Nichts wurde zwei mal in allen Landeshauptstädten massenhaft gegen ACTA demonstriert. Für Viele waren dies die ersten Demonstrationen ihres Lebens. Die UniBrennt-Bewegung konnte 2009 Zehntausen-

büren gekämpft.

Es ist eine allgemeine Eigenschaft jugendlicher Kämpfe, dass sie zwar radikale Aktionsformen und Forderungen annehmen können, aber selten den notwendigen Druck auf die Herrschenden aufbauen können, um auch nur kleine Errungenschaften dauerhaft abzusichern. Dies liegt an ihrer geringen ökonomischen Macht. Eine Besetzung einer Uni oder Schule kann ein gutes Mittel sein, um Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dem Rektorat, und der Regierung, macht sie relativ wenig aus. 2009 saß die Regierung monatelange Besetzungen in ganz Österreich einfach aus. Als diesen Frühling das Wiener Audimax von IE-Studierenden besetzt wurde, schloss das Rektorat das Uni-Hauptgebäude gleich für zwei Tage, als Kollektivstrafe. Die oftmals angestrebte „Störung des Unibetriebs“ stört das Rektorat also nicht im Geringsten, die führt es selbst durch.

Wirklich erfolgreich können Jugendbewegun-

sie auch konkret betreffen. Eine Stärke von UniBrennt waren die gemeinsamen Aktionen mit MetallerInnen in Tarifverhandlungen und der Kindergartenauftand-Bewegung. Leider gab es davon nicht genug.

Diese Generation wird die erste sein, die einen niedrigeren Lebensstandard als ihre Eltern haben wird. Sie ist die „Generation Krise“. Aber sie nimmt ihr Schicksal nicht hin. Sie kämpft jetzt, und sie wird in Zukunft noch mehr kämpfen. Um erfolgreich zu sein, muss sie sich mit dem Rest der ArbeiterInnenklasse verbünden. Die Studierenden in Quebec zeigen, wie es gehen kann. Ihr Kampf ist längst zu einer allgemeinen Bewegung gegen die Regierung angewachsen. „Der Kampf gegen die Erhöhung der Studiengebühren muss bei seinem Namen genannt werden: Das ist ein Klassenkampf.“, sagt Gabriel Nadeau-Dubois, einer der Köpfe der Bewegung. Recht hat er.

Tilman P. Ruster und Sebastian Kugler



Marx aktuell

In Bezug auf die Jugend existieren viele Vorurteile. Manche davon sind Unsinn, andere durchaus gerechtfertigt. Zu letzteren zählt, dass Jugend und Auflehnung gegen herrschende Verhältnisse in engem Zusammenhang stehen. Doch Rebellion allein ist selbstredend noch kein ausgefeiltes politisches Programm. Es kann aber dazu führen.

Jugendliche erleben oftmals bereits die ganze Härte der kapitalistischen Gesellschaft, sei es Arbeitslosigkeit, die fest verankerte Frauenunterdrückung oder alltäglichen Rassismus. Jedoch befinden sie sich noch nicht in gleichem Ausmaß wie die meisten Erwachsenen im abgeklärten Trott und in festgefahrenen Traditionen. Vereinfacht gesagt: sich nicht einfach mit den Zuständen abzufinden ist bei Jugendlichen näherliegender. Die schiefe Ebene von arm bleibt arm bzw.

Jugend im Kapitalismus: das dynamische Potential

wird ärmer wird auch noch stärker als solche erkannt.

Darüber hinaus finden Jugendliche vielfältige Möglichkeiten, ihren Widerstand gegen unliebsame Zustände auszudrücken. Gesellschaftskritik und damit verbundene politische Ziele sind in einer Reihe von Jugendkulturen verankert. Selbst über Kleidung, Musik und Sprache verarbeiten Jugendliche gesellschaftliche Konflikte.

Zu einfach und falsch wäre es jedoch, alle Jugendlichen über einen Kamm zu scheren. Nicht jede/r Jugendliche hat die selben Probleme; auch wenn es Vieles gibt, unter dem fast alle zu leiden haben, wie z.B. elterliche Einschränkungen. Doch letztlich entscheiden sozialer Status und Klassenzugehörigkeit etwa darüber, ob Studiengebühren für eine Familie leistbar sind oder zu einer Einschränkung der Zukunftschancen der Kinder führen. Muss man schon früh einen Nebenjob annehmen, weil das Geld sonst nicht reicht, ist man ebenso früh bereits mit Themen wie Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen etc. konfrontiert. Die Zahl junger Menschen, die ihr Leben auf diese Weise führen müssen, nimmt zu.

Viele revolutionäre Veränderungen in der Geschichte der Menschheit begannen mit Jugendrevolten. „*Je-de revolutionäre Partei findet ihre Stütze vor allem in der jungen Generation der aufsteigenden Klasse. Politische Altersschwäche äußert sich im Verlust der Fähigkeit, die Jugend um das eigene Banner zu scharen.*“ (aus: Leo Trotzki; Verraten Revolution) Aktuelle Beispiele sind die Bewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten sowie Proteste gegen die Zerschlagung des Sozialstaates in Ländern wie Spanien, Griechenland oder Quebec (Kanada). Die gegenwärtige kapitalistische Krise trifft gerade Jugendliche aus der ArbeiterInnenklasse besonders hart. Das Potential für jugendliche Massenbewegungen ist dementsprechend weltweit vorhanden: von 67 Millionen Jugendlichen in Nigeria haben über 28 Millionen keinen Job.

Welche weiterführenden Folgen das Aufbrechen sozialer Proteste haben kann, zeigen die Vorfälle im spanischen Valencia: Als Reaktion auf die Demos gegen Bildungsabbau setzten Regierung und Polizei im Februar auf Brutalität. Viele Jugendliche wurden verletzt. Dadurch werden grundlegende Zusammenhänge im Gedächtnis zehntausender AktivistInnen verankert: man stößt bereits auf erbitterte staatliche Gewalt, wenn man etwas Selbstverständliches wie freien Bildungszugang einfordert. Eine positive Zukunft im Kapitalismus ist Illusion.

Franz Neuhold



Die Jugend muss um ihre Zukunft kämpfen

„Zerschlagung“ der Versammlungen durch massiven Tränengaseinsatz, Verhaftungen, öffentliche Erniedrigungen und körperlicher Schmerz.“, das schlug am 11.5. „National Post“- Autor Michael Den Tandt der Regie-

che der Regierung, durch ihren „Plan Nord“ die natürlichen Ressourcen im Norden an Private zu verscherbeln.

In Österreich können wir von dieser Bewegung viel lernen. Die letzten Proteste, die es an Schu-

Um aber gesellschaftlichen Einfluss zu bekommen müssen Jugendbewegungen nicht nur das Umfeld sondern auch ihre Themen erweitern. Das bedeutet zum Beispiel, Arbeitskämpfe, so klein sie hier auch sein mögen, zu

[Solid']. Von dort kommen viele Initiativen, wenn es um Aktionen und Kampagnen geht. Sie ist kein Anhänger, sondern eine eigenständige Organisation mit demokratischen Strukturen. So zieht sie die Linkspartei oft in die richtige Richtung und betont ihren aktionsistischen, nicht parlamentsfixierten Charakter.

Gemeinsame Forderungen spielen bei der Vernetzung von Kämpfen eine zentrale Rolle. Wie die Studierenden in Quebec Nein zum Plan Nord sagen, müssen wir hier das Sparpaket angehen. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn bedeutet nicht nur Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen, sondern schafft auch echte und sichere Jobs für Jugendliche.

Am Besten funktionieren solche Bündnisse, wenn es eine gemeinsame, stabile Plattform gibt. In Deutschland zum Beispiel treffen sich verschiedene Bewegungen in der Linkspartei. Bei aller Kritik an ihr, Die Linke spielt eine wichtige Rolle in zahlreichen sozialen Bewegungen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Jugendverband, die Linksjugend,

Durch Vernetzung sozialer Kämpfe können Jugendbewegungen Erfolg haben

lung von Quebec vor, um die Studierendenbewegung niederzuschlagen. Die Regierung erließ das „Gesetz 78“, das das Versammlungsrecht aushebelt. Denn längst geht es dort nicht mehr um Studiengebühren. Die Studierenden haben eine breite soziale Bewegung angestoßen. Von Anfang an suchten sie nach BündnispartnerInnen außerhalb der Hörsäle und fanden sie in den Gewerkschaften. Gemeinsam formten sie bereits vor der Bewegung die „Alliance Sociale“ gegen die Sparpolitik der Regierung. Die gewerkschaftliche Unterstützung ist konkret: Von Geld über Busse bis zu Soundsystems. Auf der anderen Seite kämpfen die Studierenden gegen die Versu-

len und Unis gab, blieben beschränkt auf das jeweilige konkrete Thema und Umfeld. Aber alleine werden die IE-Studis die Internationale Entwicklung nicht retten, auch nicht mit der Solidarität aus anderen Studiengängen. Wie Quebec zeigt, vervielfacht sich die Wirkung eines Kampfes, wenn er nach außen getragen wird. Dafür gibt es hier auch aktuell konkrete Ansätze: Die Wiener TU verlegte Mitte Mai Vorlesungen aus Protest gegen die Sparpolitik in den öffentlichen Raum. So ein Protest steckt an: Das Wiener Gymnasium Rahlgasse verlegte Ende Mai den Turnunterricht auf die Straßen, um auf den Platzmangel in der Schule aufmerksam zu machen.

unterstützen. In letzter Zeit sahen wir des öfteren Versuche der UnternehmerInnen, Kollektivverträge auszuhebeln oder gar abzuschaffen. Dagegen gab es, wenn auch beschränkt, gewerkschaftlichen Protest. Es wäre richtig und wichtig gewesen, hier Solidarität und Zusammenarbeit mit den Bildungsprotesten herzustellen.

Am Besten funktionieren solche Bündnisse, wenn es eine gemeinsame, stabile Plattform gibt. In Deutschland zum Beispiel treffen sich verschiedene Bewegungen in der Linkspartei. Bei aller Kritik an ihr, Die Linke spielt eine wichtige Rolle in zahlreichen sozialen Bewegungen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Jugendverband, die Linksjugend,

anderen unterscheidet. 45% der ErstwählerInnen bei der letzten Wiener Wahl wählten das für sie „kleinste Übel“. „Echte Demokratie“, wie sie die spanischen Indignad@s fordern, bedeutet: Auf allen Ebenen des eigenen Lebens mitbestimmen können: z.B. was wir wann wo und wie lernen möchten, statt in verkalkten Schulstrukturen zu vermodernen. Die eigene Jobauswahl nach dem Kriterium „Was will ich?“ und nicht nach „Was ist noch frei?“ bestimmen zu können. Das kann es aber nur in einer Gesellschaft geben, die nicht nach den Regeln des Profits funktioniert, einer echten, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.

Dieses System hat uns keine Zukunft zu bieten, die Krise ist der beste Beweis dafür. Nun gilt es dafür zu sorgen, dass zukünftige Geschichtsbücher über uns nicht als „verlorene Generation“ schreiben, sondern als die, die dem Bildungsabbau, der Arbeitslosigkeit, den prekären Jobs, der Perspektivlosigkeit, kurz: dem kapitalistischen Alptraum ein Ende gesetzt hat.

Sebastian Kugler

Die Uni brennt noch immer!

JedeR Studierende kennt die Situation an Österreichs Unis. Überfüllte Hörsäle, gestresste ProfessorInnen, zu viel Zeitdruck, um ein vernünftiges Studium führen zu können. Schuld ist die Regierung mit ihren Kürzungen in Bildungsreich. Bereits 2010 wurde eine Stagnation der Uni Budgets ab 2013 beschlossen. Dadurch gehen Universitäten aufgrund der Inflation bis zu 10% ihres aktuellen Budgets verloren. Von Wissenschaftsminister Töchterle kommen laufend Angriffe wie die Forderung, dass Unis autonom Studiengebühren einheben sollen. Die Salzburger Landeshauptfrau, Gabriele BBurgstaller, bläst ins selbe Horn. Ebenso der Vorsitzende der Rektorenkonferenz und Rektor in Salzburg, Heinrich Schmidinger. Anlass ist die Wiedereinführung der Gebühren von 363,36 Euro für Studierende, die die Mindeststudienzeit um zwei Semester überschritten haben bzw. nicht aus EU/EWR-Staaten kommen. Diese wurde wegen eines Formfehlers vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Doch wird diese autonom wieder eingeführt und geht das durch, dann folgen rasch autonome Studiengebühren für alle. Hinzu kommen eine Reihe weiterer Kürzungen.

Lukas Kastner

Doch weder Gebühren noch Kürzung können von Studierenden aus ArbeiterInnenfamilien akzeptiert werden. Bisher gab es erste Aktionen. Aus Protest gegen die Unterfinanzierung starteten Unis österreichweit vom 21.-25. Mai die „Woche der freien Bildung“ mit Vorlesungen und Diskussionen unter freiem Himmel. In Wien wurde das Audimax besetzt und die Rektoratsitzung blockiert. In Graz und in Salzburg gab es heftigen Widerstand von Studierenden. Der Salzburger Uni-Senat stimmte daraufhin gegen Studiengebühren. Dies ist ein Erfolg, aber nur ein erster Schritt: Unis die nicht mitziehen, werden zukünftig bei der Vergabe von Fördergeldern benachteiligt. Und in Salzburg, will der Rektor nun 1,5 Millionen v.a. bei Personal und Studierendenbetreuung kürzen.

Das Problem bei den Protesten war, dass sie bisher nur von Studierenden geführt wurden. Nun gilt es sie auf eine breitere Ebene auszuweiten, ArbeiterInnen und Gewerkschaften mit einzubeziehen. Denn Elitebildung trifft im Kapitalismus die gesamte ArbeiterInnenklasse, deshalb muss sie vereint bekämpft werden.

Lukas Kastner



Amina & Yaya bleiben!

Die 15-jährige Amina und ihre Mutter sind Flüchtlinge aus Dagestan, und leben seit einigen Jahren in

kleine Tochter. Nun soll er von seinem Kind getrennt und nach Gambia abgeschoben werden, wo

SLP ist bei beiden Fällen aktiv dabei.

Gemeinsam versuchen wir auf diese „Fälle“ auf-

Laute Kampagnen von LehrerInnen und SchülerInnen können Abschiebungen verhindern!

Hallein. Der Vater wurde verschleppt und ermordet. „ÖsterreicherInnen“ werden gewarnt in dieses Land zu reisen. Dennoch ist es für den Staat kein Problem die Beiden, wie viele andere auch, abzuschieben. Schule und FreundInnen wehren sich, haben eine Petition und einen Projekttag initiiert.

Yaya lebt seit 2004 in Wien, hat sich hier ein Leben aufgebaut, und eine

er als politischer Aktivist verfolgt wird. Der Asylgerichtshof schlägt der Mutter vor, doch mit dem Kind nach Gambia nachzureisen...

Auch hier wollen FreundInnen und KollegInnen nicht, dass er einfach so aus ihrer Mitte gerissen wird. In Wien gibt es ein Komitee, das sich für Yaya einsetzt, und sich gleichzeitig mit der Salzburger Familie solidarisiert. Die

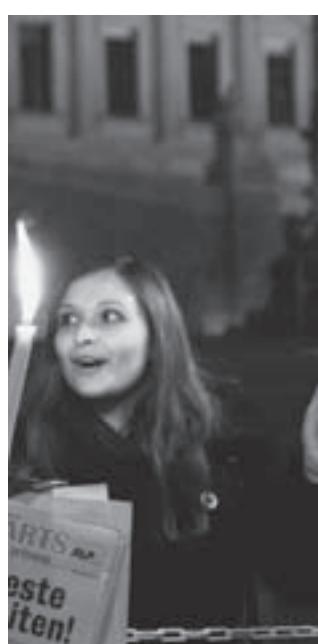
merksam machen z.B. bei einem Besuch beim „Integrations“-Staatssekretär Kurz, den wir zur Rede stellten, warum Menschen die Integration verweigert wird. Wichtig war auch die Demo am 24. Mai. Politische Kampagnen sind nicht nur wichtig, sondern auch richtig, denn nur so kann das Bleiberecht erkämpft werden!

Sedef Yavuz

Fundstück des Monats



Egal, wie man zum Songcontest steht: es ist erfreulich, dass der österreichische Beitrag ausgeschieden ist. Strache wünschte der sexistischen Performance viel Glück. Die Schuldigen für das Ausscheiden hat einer seiner Fans gefunden: Die „bolschewistischen und kommunistischen Länder wie eben Russland und so...“ ahja.



Sigi schau oba

Ende April fanden in der Wiener Sigmund Freud Universität Studierendenvertretungswahlen statt. Die SLP-Aktivistin Lila Ramharter wurde mit 61 zu neun Stimmen zur Vertreterin des Bachelorstudiums Psychologie gewählt. Zentrale Forderungen sind der Aufbau einer funktionierenden Kommunikation zwischen allen Ebenen der Universität und die Veränderung der Rolle der Studierendenvertretung: Aktuell hat die-

se an Privatunis keinerlei Rechtsgrundlage. Eine StuVe muss die kämpferische Vertretung der StudentInnen gegenüber dem Rektorat sein und auch so in Erscheinung treten. Wichtig ist auch die Qualität der Lehre. Viele Studierende sehen die Versprechung einer guten Ausbildung für die hohen Studiengebühren nicht erfüllt. Aber auch die prekäre Jobsituation der Lehrenden ist der StuVe ein Dorn im Auge. Viel zu tun also!



Irland: Nein zur Haushaltssteuer!

In ganz Europa wächst der Widerstand gegen die Sparpolitik. In Irland weigerten sich 50% der Haushalte die neu eingeführte Haushaltssteuer, eine unsoziale Massensteuer, zu bezahlen. Auch das Referendum über den Fiskalpakt – oder wie die IrIn-

noch 23% Unterstützung. Die Gesamtschulden Irlands (Haushaltsverschuldung, Unternehmensverschuldung sowie Finanzschulden und Staatsverschulden) belaufen sich auf 663% des BIPs – der größte Verschuldungsanteil der Welt, mehr als

Die Socialist Party (CWI in Irland) und die United Left Alliance sowie andere AktivistInnen haben die "Campaign Against the Household and Water Taxes – CAHWT" initiiert. Unser Ziel war, dass eine Mehrheit der Haushalte sich bis zur Deadline am

le in der Kampagne für die Ablehnung des Fiskalpakts im Referendum am 31. Mai. Die Regierung und die "Ja"-Kampagne sagen, dass ein "Ja" die Wirtschaft stabilisieren würde. Das ist eine glatte Lüge. Dieser Pakt versucht, die Kürzungspolitik permanent zu machen. Ein Blick nach Griechenland zeigt, wohin die Kürzungspolitik der Troika führt. Die "Ja"-Kampagne sagt, wenn Irland den Fiskalpakt nicht annimmt, dann könnte das Land kein zweites "Hilfspaket" erhalten. Sie sprechen von einem solchen Paket, als wäre es eine wohltätige Handlung der Troika. Das erste Paket hat die wirtschaftliche Krise vertieft. Ein zweites Paket wäre ein Desaster. Die Socialist Party sagt, ein erster Schritt um das zu verhindern ist ein Nein zum Fiskalpakt. Jobs und Wohlstand kann es so nicht geben. Der private Sektor investiert nicht.

Der Fiskalpakt verhindert, dass der Staat investieren kann, um Jobs zu schaffen und gesellschaftliche Bedürfnisse zu decken. 2010 sind 32 Milliarden Euro an Profiten nicht wieder in die irische Wirtschaft investiert worden. Wäre die-

ArbeitnehmerInnen in Irland kämpfen gegen Massensteuern und die Kürzungspolitik der Troika

nen sagen: den Kürzungspakt – am 31. Mai ist eine Gelegenheit für die irische ArbeitnehmerInnenklasse, gegen die Sparpolitik aufzustehen.

Im Dezember 2008 betrug das Budgetdefizit 12,7 Milliarden. Nach Kürzungen und Steuererhöhungen von 25 Milliarden Euro beträgt das Defizit 18,7 Milliarden Euro! Die aktuelle Regierung von Fine Gael und Labour ist stolz darauf, das Diktat der Troika umzusetzen. Die Kürzungmaßnahmen haben zu 450.000 Arbeitslosen (14,5%), 30% Jugendarbeitslosigkeit sowie einer Wiederkehr von Massenemigration geführt. Die Wut auf die etablierten Parteien ist riesig. Die Regierung hat nur

doppelt so hoch wie jener Griechenlands. Ein Bankrott Irlands wie auch ein weiteres „Rettungspaket“ durch die Troika sind auf der Tagesordnung.

Im Jänner wurde Haushaltssteuer mit 100 Euro pro Haushalt eingeführt. Sie wird nur für ein Jahr eingehoben und von einer Grundsteuer und einer Wassersteuer ersetzt, die vermutlich bei 1000 Euro pro Jahr liegen wird. Die Regierung hat die Haushaltsteuer nicht primär eingeführt um Geld zu lukrieren (die Steuer bringt nur 160 Millionen Euro), sondern um ein Register aller Haushalte aufzubauen, dass dann benutzt werden kann um die neuen Grund- und Wassersteuern einzuhaben.

31. März nicht registriert bzw. die Steuer nicht zahlt. Zwischen Jänner und Ende März hat die Kampagne öffentliche Versammlungen in jedem Teil des Landes organisiert, die von 25.000 Menschen besucht wurden. Am 24. März gab es in Dublin eine Massenveranstaltung von 3.000 Menschen. Die CAHWT ist die größte Kampagne von zivilem Ungehorsam der ArbeitnehmerInnenklasse in Irland seit Jahrzehnten und die Socialist Party spielt eine führende Rolle. Fast 900.000 Haushalte haben sich geweigert sich zu registrieren oder die Steuer zu zahlen – rund 2 Millionen Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 4,5 Millionen.

Die Socialist Party spielt auch eine führende Rol-

ses Geld in ein öffentliches Jobprogramm oder in eine verstaatlichte Industrie investiert worden, hätten damit 320.000 Jobs geschaffen werden können!

Wenn die irische ArbeitnehmerInnenklasse den Fiskalpakt ablehnt, ist sie in guter Gesellschaft – nämlich jener der Millionen Menschen in Europa die ebenfalls gegen diese Politik kämpfen. Die Parlamentarier der Socialist Party, Joe Higgins, Clare Daly und MEP Paul Murphy sind führende Persönlichkeiten in den Kampagnen gegen die Haushalts- und Wassersteuer und gegen den Fiskalpakt. Die Socialist Party ruft zu einem europaweiten Kampf der ArbeitnehmerInnen gegen die Kürzungen auf! Der Kapitalismus hat versagt – wir brauchen ein sozialistisches Europa in dem ArbeitnehmerInnen die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Mehrheit demokratisch kontrollieren und planen können!

Stephen Boyd,
Socialist Party, CWI Ireland
www.socialistparty.net
www.nohouseholdtax.org

Geht Europa nach links?

Der Sieg Hollandes bei den französischen Präsidentenwahlen war mehr eine Abwahl der Kürzungspolitik Sarkozys als ein Sieg des Sozialdemokraten. Über 10% Stimmen für die „Linksfront“ im ersten Wahlgang zwangen Hollande zu linker Rhetorik, aber Inhaltlich blieb er vage, abgesehen von der Forderung nach einem Wachstumsplakat. Das bedeutet keinen Kurswechsel der SP, plötzlich wieder die Interessen der Arbeitenden zu vertreten. Es spiegelt die zunehmende Einsicht von Teilen der Herrschenden wider, dass die brutale Kürzungspolitik auch aus kapitalistischer Sicht negativ ist. Sie bringt keine Lösung der Staatsschuldenkrise, sondern treibt die Länder tiefer in die Rezession, wie am Beispiel Griechenlands sichtbar.

Diese Entwicklung führt zu einer für das Kapital gefährlichen Situation. Zwar ist es in Griechenland der herrschenden Klasse mit Hilfe des Drucks der EU gelungen, den Arbeitenden trotz heftiger Gegenwehr in Form zahlreicher Generalstreiks massive Kürzungen aufzuzwingen. Aber nach den Neuwahlen im Juni fürchten sie nun eine linke Mehrheit mit „Syriza“ als stärkster Kraft.

Gerhard Ziegler

Zunehmende Streiks auch in anderen EU-Ländern wie Spanien, Italien, Portugal und Irland – und die Blockupy-Proteste in Frankfurt – zeigen, dass ArbeiterInnen und Jugendliche immer weniger bereit sind, den harten Sparkurs der EU zu Gunsten der Banken und Konzerne zu akzeptieren.

Das zwingt die herrschende Elite in Europa teilweise einzulenken. Teilen erscheint es klüger, da und dort Korrekturen vorzunehmen, bevor der Druck von unten zu explosiv wird.

Aber die Herrschenden wissen nicht, wie weiter: sparen zur Sanierung von Budget und kranken Banken (Kurs Merkel), oder Wirtschaft ankurbeln (Kurs Hollande)? Aber das soll nichts kosten und das Kapital investiert weltweit zu wenig, weil es kaum profitable Investitionsmöglichkeiten gibt. Bei sinkenden Wachstumsraten ist keine Lösung der kapitalistischen Krise in Sicht.

Eine lebenswerte Zukunft mit sicheren Löhnen und Arbeitsplätzen, Bildung, Gesundheit und Pensionen für alle wird also nur durch Ausweitung des organisierten und zielgerichteten Kampfes – gegen die Profitlogik des Kapitals – erreicht werden.

Gerhard Ziegler



Griechenland am Scheideweg

Interview mit Eleni Mitsou, von der griechischen Schwesterpartei der SLP, Xekinima.

V: Was würde es bedeuten, wenn die Linke keine Mehrheit hat?

E: Eine Koalition aus Nea Dimokratia und Pasok wird die Kürzungen fortsetzen. Weitere 150.000 Jobs im Öffentlichen Dienst werden vernichtet, Löhne und Pensionen beseitigt und Kollektivverträge ausgehebelt. Die Arbeitslosigkeit ist jetzt schon bei Jugendlichen über 50% und der Mindestlohn für unter 25jährige bei nur 350.-/Monat. In 30 Monaten Kürzungen ist die Zahl der Obdachlosen in Athen von 2.000 auf 30.000 gestie-

gen. Täglich begeht ein Mensch aus Verzweiflung Selbstmord. Es ist verrückt weiterhin für Parteien zu stimmen, die diese Politik umsetzen!

Bedeutet eine Stimme am 17. Juni für Syriza das Chaos?

V: Was müsste eine linke Regierung tun?

E: Sie muss die Umsetzung der Kürzungen stoppen und braucht ein sozialistisches Programm das Griechenland entwickelt und die Menschen schützt, wenn Griechenland aus dem Euro fliegt. Wobei die Kürzungspolitik ja auch zum Rauschmiss führt! Eine linke Regierung darf die

Schulden nicht zahlen. Sie setzt diese 350 Milliarden für die Menschen in Griechenland ein. Sie muss die Banken verstaatlichen um über Geld

zu verfügen, und damit Jobs schaffen. Sie muss die Schlüsselbereiche der Wirtschaft verstaatlichen – unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten – und die Arbeitnehmerklasse in Europa zur Solidarität aufrufen. Wenn wir gemeinsam kämpfen, dann können wir das Europa der Banken und KapitalistInnen durch das Europa der Arbeitnehmer ersetzen.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

England: Nein zu Kürzungen

Bei den Gemeindewahlen in England trat ein Bündnis von GewerkschafterInnen und SozialistInnen (TUSC) an, dem die Socialist Party (CWI-England) angehört. In Coventry verfehlte Dave Nellist (SP) mit 1.469 Stimmen nur knapp den Wiedereinzug in den Stadtrat. Tony Mulhern (SP), schon in den 1980ern im sozialistischen Stadtrat, trat in Liverpool zur Bürgermeisterwahl an, besiegte den konservativen Kandidaten und wurde

fünfter von zwölf, gleich nach Grünen und Liberalen. In Salford wählte fast jedeR Fünfte TUSC. In einem Stadtteil Londons gewann das Bündnis sogar die meisten Stimmen. Labour ist verantwortlich für viele Kürzungen. Die Labour-Erfolge spiegeln daher mehr eine Absage an die konservativ-liberale Regierung wider als Zustimmung zu Labour.

www.socialistparty.org.uk
www.tusc.org.uk

Seattle: Kandidatin der 99%

Kshama Sawant tritt als Kandidatin von Socialist Alternative (CWI in den USA) für das Repräsentantenhaus von Washington an. Dort wurden 10,5 Milliarden bei Bildung und Sozialem gekürzt. Konzerne, wie Microsoft und Starbucks, wurden in den letzten drei Jahren von 6,5 Milliarden Dollar Steuern befreit. „Die großen Banken und Konzerne geben sich selbst Milliarden Dollar und erzählen uns, es gibt kein Geld für Jobs,

Bildung und Gesundheit, für unseren grundlegenden Lebensstandard!“, erklärt sie. Sie hat einen Marsch gegen Angriffe auf Frauen mit organisiert und bei Occupy Wall Street für die LehrerInnenengewerkschaft geredet. Die Kandidatur soll auch eine Plattform für eine neue linke antikapitalistische Partei bilden. „Brechen wir mit den zwei Parteien des Big Business!“

www.socialistalternative.org

Erster Mai

Das CWI marschierte unter anderem in Russland, Finnland, Libanon, Pakistan. In Nigeria wurden CWI-Plakate für Mindestlohn beschlagnahmt. Aus ganz Sri Lanka kamen ArbeitnehmerInnen, teils von Plantagen, zu unserem Marsch. In Hong Kong unterstützen wir den Kampf der Feuerwehrleute für eine 48h-Woche! In Schweden marschierten Tausende auf unserer traditionellen Demonstration in Göteborg. www.socialistworld.net

Genossenschaften:

Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn?

Angesichts der Krise findet eine Suche nach Alternativen statt. „Gefunden“ werden Genossenschaften. Gemeint sind nicht normale kapitalistische Konstrukte wie die – teuren – Wohnbaugenossenschaften oder Raiffeisen. Gemeint sind Unternehmen, wo sich KleinproduzentInnen bzw. -kon-

war letztlich: jedeR kann und soll selbst KapitalistIn werden. Die österreichische ArbeiterInnenbewegung stand dem Konzept anfangs skeptisch bis ablehnend gegenüber. Der Sozialist Jakob Reimann nannte 1896 GenossenschafterInnen „Revolutionäre im Schlafrock“. Letztlich setzte sich aber

als Lösung betrachtet, um der ersten Krise nach 1945 Herr zu werden. Ziel war nicht ein Bruch mit dem Kapitalismus oder seiner Logik, sondern Alternativen zu krisenbedingten Schließungen und Konkursen einzelner Betriebe zu finden. Das ist nicht an sich falsch, ist aber 1. keine Systemalternative, löst

oder „zu gierig“ dafür sind, sondern weil nicht-profitorientierte Inseln im kapitalistischen Meer nicht dauerhaft überleben können.

Dafür gibt es einige Gründe:

Der Bedarf nach Startkapital steigt mit dem technischen Fortschritt. Genossenschaften sind daher aufgrund des beschränkten Zuganges zu Kapital (das sich idealerweise aus den Beiträgen der Mitglieder zusammensetzt, um sich nicht von Banken abhängig zu machen) auf Klein- und Mittelbetriebe beschränkt. Das kann sich ändern, wie das Beispiel Konsum zeigte. Doch beim Konsum änderte sich auch das Ziel: die Vergünstigungen für Mitglieder wurden aus wirtschaftlichen Gründen gekürzt, die Arbeitsbedingungen waren alles andere als vorbildlich, Mitbestimmung kaum existent und wurde weiter beschnitten.

Um Konkurrenzfähig zu bleiben, braucht es eine gewisse Flexibilität bei den Arbeitskräften. Sind alle Beschäftigte gleichzeitig Mitglieder geht dies nur über Selbstausbeutung bzw. Lohnneinbußen. Werden aber LohnarbeiterInnen angestellt, um die Flexibilität zu schaffen, ist

der Gleichheitsgrundsatz dahin. Die ökonomische Notwendigkeit führt auch zur Herausbildung eines bürokratischen Apparates von ExpertInnen, die soziale Eigeninteressen entwickeln. Die ArbeiterInnenselfstverwaltung gibt es dann nur mehr auf dem Papier. Damit ist auch der „erzieherische Faktor“, der den Genossenschaften zugeschrieben wurde, dahin.

Mit Fortschreiten der Krise werden die Vorschläge für genossenschaftliche Konzepte zunehmen. Sahra Wagenknecht gehört ebenso dazu wie Hugo Chavez. In Österreich sind Christian Felber, Attac und die Demokratische Bank ProponentInnen dieser Idee. Sie stellen Versuche dar, einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu schaffen und gehen nicht an die Wurzel des Problems. Der Kapitalismus ist seiner Natur nach profitorientiert, unmenschlich, ausbeuterisch und führt zu Krisen. Genossenschaften können für eine zeitlich beschränkte Periode und für eine kleine Gruppe bessere Bedingungen schaffen, am Grundproblem lösen sie aber nichts.

Sonja Grusch



Genossenschaften sind eine „kleine sozialistische Produktion bei kapitalistischem Austausch“ (Luxemburg)

sumentInnen zusammenschließen, um teurer ver bzw. billiger einkaufen zu können und wo diese „Mitglieder“ auch demokratisch (mit)entscheiden können.

Historisch entspringen Genossenschaften diesen KleinstproduzentInnen/konsumentInnen und bürgerlichen SozialreformerInnen, die hofften, so den sozialen Sprengstoff zu entschärfen. Tatsächlich ist die Genossenschaftsfrage eine hochideologische, die eng mit den vorherrschenden Trends in der ArbeiterInnenbewegung verknüpft ist. Es ist kein Zufall, dass gerade Ferdinand Lassalle, der keineswegs eine soziale Revolution anstrebt, die Genossenschaftsidee gepusht hat. Das Konzept

der reformistische Gedanke in der Sozialdemokratie durch und die Genossenschaften wurden, neben Partei und Gewerkschaft, mit der Jahrhundertwende zum dritten Standbein der ArbeiterInnenbewegung. Je ferner die sozialdemokratische Führung sich ideologisch vom Ziel des Sozialismus entfernte, desto wichtiger wurden die Konsumvereine – als politische Legitimation und organisatorische Stütze.

Trotz Konsumpleite 1994 u. ä. gibt es heute in der EU ca. 300 000 Genossenschaften mit rund 140 Millionen Mitgliedern. In Folge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre gab es eine neuerliche theoretische Debatte zum Konzept. Genossenschaften wurden

daher 2. keines der Probleme, die im Kapitalismus zu eben jenen Krisen führen und hat auch 3. nichts mit ArbeiterInnen demokratie oder Verwaltung zu tun.

Häufig wird die Debatte über Genossenschaften mit ArbeiterInnenselfstverwaltung verknüpft. Eine Verbindung, die nur beschränkt hält. Denn in der Praxis ist die Mitbestimmung oft gering. So schön das Genossenschaftskonzept in der Theorie auch klingt, in der kapitalistischen Praxis müssen sie scheitern – entweder wirtschaftlich oder indem sie sich von den Ideen nach Gleichheit, Demokratie und Nicht-Profitorientierung verabschieden. Nicht, weil die Menschen „zu korrupt“

SLP-Programm genau erklärt:

Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Si-

che Repression zunimmt. Denn Aufgabe des bürgerlichen Staates (also Polizei und Armee) ist es, das Kapital zu schützen, nach außen wie nach innen. Militärbündnisse wie die NATO schaffen keinen Frieden,

gab es in den letzten zwei Jahren 15 Generalstreiks. Jene Parteien, die für den Sparkurs stehen, verlieren. Wenn sich in Griechenland bei den Neuwahlen die Linke durchsetzt, ist nicht auszuschließen,

Nein zu Überwachungs- und Polizeistaat. Kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

cherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

In den letzten Jahren haben wir ein Zunehmen staatlicher Repression erlebt, wie z.B. die versuchte Kriminalisierung von DemonstrantInnen bei den WKR-Protesten der letzten Jahre. Jüngster Höhepunkt sind die Verbote der Blockupy-Proteste in Frankfurt. Es ist kein Zufall, dass in Krisenzeiten die staatli-

sondern setzen die wirtschaftlichen Interessen der einen herrschenden Klasse gegen eine andere um. In Krisenzeiten haben die Herrschenden (zu Recht) Angst vor der Zunahme von Massenprotesten. Denn sie machen es schwieriger für die Herrschenden, ihre Politik umzusetzen. Selbst die beschränkte bürgerliche Demokratie wird ihnen zunehmend ein Dorn im Auge. In Griechenland

dass die herrschende Klasse in Griechenland oder Europa versucht, eine solche Regierung zu stürzen und durch eine andere zu ersetzen, die ihren Willen direkter umsetzt. Das Militär kann dabei eine zentrale Rolle spielen. Das kann nur verhindert werden, indem sich die ArbeiterInnenklasse darauf vorbereitet, mit dem Kapitalismus und seinen Institutionen zu brechen.

Alleine kämpfen ist zu wenig!

„Genosse, du hast ja kommunistisches Gedanken-
gut – schleich di“ – mit diesen Worten wurde mein Vater in den 1960ern aus der heutigen Gewerkschaft Bau/Holz ausgeschlossen. Zivilcourage, die Ideale von Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeitssinn, eine gehörige Portion Ungehorsam – das hat er mir mitgegeben. Seit Löschnak, Schlägl und erst recht seit Schwarz-Blau spürte ich,

dass ich selbst etwas tun musste. Trotzdem wollte ich mir bewusst die Freiheit bewahren, keiner politischen Partei anzugehören. Sozialabbau, aufgehende Einkommensschere, Prekarisierung, Rechtsruck, Sparpaket, Neoliberalismus, Fremdenfeindlichkeit, Hinwendung zum Polizei- und Überwachungsstaat in allen Parlamentsfraktionen – das alles hat mir schließlich gezeigt,

dass Agitation im persönlichen Umfeld, Postings in Zeitungsforen, Solo-Aktionen, mitlaufen bei Demos nicht mehr alles sein kann. Ein paar Besuche bei Treffen der SLP haben mir klar gemacht: das ist meine Partei. Programm, Menschen, Diskussionskultur, aktiver Kampf – passt. Und jetzt sag ich: VORWÄRTS, GenossInnen, ich freu mich dabei zu sein.

Peter Gründler,
Übersetzer, Jahrgang 1959

Jetzt neue SLP-Broschüre bestellen: Für eine Partei für ArbeiterInnen und Jugend

Die Verbürgerlichung der SPÖ, der Aufstieg der FPÖ und die Wirtschaftskrise sind nur drei Gründe, warum der Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche so wichtig ist. Auf 36 Seiten geht es auch um internationale Beispiele im Neuformierungsprozess, über Erfolge und Fehler. Schwerpunkt ist hierbei eine Bilanz von fünf Jahren „Die Linke“. Wo liegen in Österreich die Ansatze für eine solche

neue Partei und welche Rolle haben die Gewerkschaften in diesem Prozess? Und welches Programm braucht eine solche Partei gerade in Zeiten der Krise? Eine spannende Debatte – gerade An gesichts von Korruptions skandalen und Wahlerfolgen der Piraten.

Jetzt bestellen: € 5,- inkl. Versand einzahlen auf PSK 8812.733 (BLZ: 60.000)

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Sonntag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP-Jugendgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Amerlinghaus'
7., Stiftgasse 8
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A

SLP-Unigruppe
jeweils Donnerstag, 19³⁰ Uhr
im 'Café Daun', Hinterzimmer
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Gasthaus Zypresse'
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Andere über uns

AUA: weitere soziale Rückschläge



Die AUA kämpft seit Jahren mit Verlusten, die geplanten Einsparungen treffen das Bordpersonal. Die Sozialistische Linkspartei kritisiert soziale Rückschläge und einseitige Maßnahmen zu Lasten der AUA-Piloten.

Im Zuge der Angriffe auf das AUA-Personal wird in den bürgerlichen Medien massiv gegen „privilegierte PilotInnen“ etc. gehetzt. Die SLP entlarvt diese „Teile- und herrsche“-Politik von Anfang an als Vorbereitung für breitere Angriffe. Das neue linke Onlinemedium „NeW Austria“ berichtete über unseren Standpunkt gleich in seiner 1. Ausgabe.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Linke Alternative aufbauen

Griechenland und Frankreich zeigen's vor: Eine Partei, die den Sparzwang ablehnt, ist dringend nötig!

In Griechenland (Syriza) und Frankreich (Linksfront) gewannen bei den Wahlen Organisationen, die den Sparkurs ablehnen. In Österreich ist die Krise noch nicht so akut wie in Griechenland – aber auch bei uns ist eine Partei nötig, die den Sparzwang verweigert. Keine

einige Parlamentspartei ist grundsätzlich gegen Kürzungen bei ArbeitnehmerInnen.

Alle vertreten die Interessen der Unternehmen – auch wenn die FPÖ gerne das Gegenteil behauptet und die Grünen hin und wieder links blinken. Mit

der Krise des Establishments und v.a. der ÖVP gibt es eine Reihe neuer Initiativen, die Korruption anprangern und Demokratie ins Zentrum stellen, wie z.B. die Piraten.

Allerdings stellt keine dieser Initiativen soziale Fragen nach Jobs, Bildungs- und



Gesundheitswesen oder Mindestlohn nach vorne – oder lehnt zumindest offensiv das aktuelle Sparpaket ab.

Wir brauchen eine Partei, die konsequent die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt und echte Antworten auf die kapitalistische

Krise gibt: Nichtbezahlung der Schulden, Nein zum Sparkurs, Investitionen in Soziales, Gesundheit und Bildung sowie Verstaatlichung des Bankensektors und der Schlüsselindustrie unter demokratischer Kontrolle der ArbeitnehmerInnen!

Laura Rafetseder

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeitnehmerInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeitnehmerInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.